

# Pädophilen-Prävention harzt

Der neue Strafregisterauszug für Lehrer ist noch nicht bei den Schulen angekommen

Auch mit dem Strafregisterauszug speziell für Lehrer bleibt es dabei: Die meisten Schulen verzichten auf die systematische Prüfung des strafrechtlichen Vorlebens.

**Tobias Bär**

«Besserer Schutz dank Sonderprivatauszug» - so kündigte der Bund per Anfang dieses Jahres den speziellen Strafregisterauszug für Personen an, die beruflich oder in ihrer Freizeit mit Minderjährigen zu tun haben. Also für Lehrer, Fussballtrainer oder auch Betreuer in einer Kindertagesstätte. Auf diesem Auszug ist nur ersichtlich, ob ein Berufsverbot vorliegt - oder ein Tätigkeitsverbot mit allfälligem Kontakt- und Rayonverbot, wie es die Gerichte seit Anfang Jahr verhängen können. Andere Vorstrafen wie beispielsweise Verkehrsdelikte bleiben dem Arbeitgeber verborgen.

Damit der neue Auszug die versprochene Schutzwirkung entfalten kann, müssen die Schulen und Heime diesen aber auch verlangen. Anfänglich wollte der Bundesrat die Institutionen dazu verpflichten, belies es dann aber bei der Freiwilligkeit.

## Rund 100 Bestellungen

Und das Interesse am freiwilligen Sonderprivatauszug ist bis jetzt gering. Beim Bundesamt für Justiz gingen im ersten Monat rund 100 Bestellungen ein. Die Neuerung habe sich offenbar noch nicht herumgesprochen, heisst es dort. Dieser Eindruck bestätigt sich bei einer Umfrage unter den Schulleitern. Vielen ist der neu geschaffene Auszug gänzlich unbekannt. «Die kantonalen Bil-



Viele Schulen verlassen sich bei der Anstellung von Lehrern nur auf Referenzen.

dungsdirektionen müssen die Schulbehörden auf den Auszug aufmerksam machen», fordert deshalb der Präsident des Lehrerdachverbandes, Beat Zemp.

Gemäss Zemp hat die Debatte rund um die Pädophilen-Initiative aber ohnehin dazu geführt, «dass viele Schulen bereits einen herkömmlichen Strafregisterauszug verlangen». Tatsächlich geben aber von zehn angefragten Volksschulämtern nur jene in Zürich und Basel-Stadt an, in ihrem Kanton würden bei Anstellungen systematisch Strafregisterauszüge eingeholt. Vor allem in den kleinen Kantonen, aber auch in Solothurn, Luzern oder im Aargau ist das nicht der Fall. Dasselbe

gilt für den Kanton Bern, obwohl die Erziehungsdirektion im Merkblatt «Sexuelle Ausbeutung» festhält: «Bei Neuanstellungen wird ein aktueller Strafregisterauszug angefordert.»

Beat Zemp beurteilt den neuen Sonderprivatauszug positiv: «Die Lehrer müssen damit nicht mehr ihr ganzes strafrechtliches Vorleben offenlegen, das keinen Zusammenhang mit der Tätigkeit hat.» Auch die angefragten Lehrerverbände betonen die Vorteile. Doch die meisten Schulleiter sehen derzeit keinen Anlass für eine Praxisänderung: «Entscheidend sind die Referenzen», sagt der Präsident des Schulleiterverbands Basel-Landschaft, Beat Lüthy,

stellvertretend für viele seiner Kollegen. Ersttäter liessen sich auch mit dem neuen Instrument nicht verhindern, wird häufig argumentiert. «Wir kennen unsere Lehrer», heisst es im Kanton Uri.

## Präventive Wirkung

Für Verdachtsfälle gebe es zudem die «schwarze Liste», die von der Erziehungsdirektorenkonferenz geführt wird. Die Liste enthält die Namen der Lehrer, denen ein Kanton die Unterrichtsbefugnis entzogen hat, wird aber auch kritisiert: «Die Liste ist willkürlich und unzuverlässig», sagt der Präsident des Nidwaldner Schulleiterverbands, Peter Baumann. Erika Haltiner von der Präven-

## Tätigkeitsverbot

Unter dem Druck der Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» hat das Parlament Gesetzesverschärfungen beschlossen. Diese sind Anfang Jahr in Kraft getreten. Bei Sexualdelikten von einer gewissen Schwere müssen die Gerichte neu ein zehnjähriges Tätigkeitsverbot anordnen. Möglich ist auch ein lebenslanges Verbot. Zudem kann ein Kontakt- und Rayonverbot ausgesprochen werden. Die im Mai 2014 vom Volk deutlich angenommene Initiative fordert in jedem Fall ein lebenslanges Tätigkeitsverbot für verurteilte Sexualstraftäter. Justizministerin Simonetta Sommaruga muss nun darlegen, wie sie die Initiative umsetzen will. (zzs.)

## Experte: Endlager am Bözberg ist unrealistisch

Nuklearexperte Marcos Buser kritisiert die Standort-Auswahl der Nagra für Atomendlager. «Das Sachplanverfahren ist ein Scheinverfahren», sagt das ehemalige Mitglied der Kommission für nukleare Sicherheit. Es sei längst klar, dass am Ende nur das Weinland für hochradioaktive Abfälle (HAA) übrig bleibe. Im Bözberg, dem zweiten Standort, habe es dafür zu wenig Platz. Dort wäre höchstens ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA) denkbar. Das habe die Nagra schon mehrmals festgestellt. Selbst im aktuellen sicherheitstechnischen Vergleich spricht sie betreffend HAA Bözberg von «beschränktem Lagerperimeter in genügender Tiefe». Schon früher bezeichnete sie den Bözberg bloss als «Reserve-Option». Darum müsse sich die Forschung nun auf das Weinland konzentrieren. Doch auch bezüglich dessen Eignung habe er seine Zweifel.

Die Schweizerische Energienstiftung (SES) hingegen sagt, gerade weil der Bözberg für HAA nicht geeignet sei, müssten mehr Standorte weiter geprüft werden. Die Nagra mache sich unglaublich, sagt SES-Sprecherin Sabine von Stockar. «Sie verfolgt anscheinend nicht den Pfad der sichersten Lösung, sondern ihren eigenen, möglichst billigen Weg.»

Nagra-Sprecher Benedikt Galliker sagt, die Nagra habe sich an die Vorgaben des Sachplans gehalten. «Beide Standortgebiete kommen sowohl für ein SMA- als auch für ein HAA-Lager oder ein Kombilager infrage.» Der Vorschlag beruhe auf Sicherheitsüberlegungen. «Kosten sind kein Kriterium.» René Donzé

## Girod will nicht, Glättli vielleicht

Die Grünen im Kanton Zürich pokern um ihre Kandidatur für den Ständerat. Nationalrat Girod steigt wider Erwarten nicht ins Rennen. Nun werden die Karten neu gemischt.

**Andreas Schmid**

Ungefragt von ihrer Partei, hat die Grüne Katharina Prelicz-Huber vor einigen Wochen angekündigt, im Oktober im Kanton Zürich für den Stände- und den Nationalrat zu kandidieren. Das missfällt vielen in den eigenen Reihen, denn Prelicz-Huber war 2011 trotz aussichtsreicher Position auf der Liste als Nationalrätin abgewählt worden. Deshalb war eigentlich Bastien Girod als Ständeratskandidat vorgesehen, der damals vom vierten Listenplatz aus das beste Resultat der Zürcher Grünen erzielte.

Doch Girod stellt sich nicht als Anwärter für einen Ständeratsitz zur Verfügung, wie er auf Anfrage sagt: «Wegen meiner privaten Situation trete ich nicht an.» Der 34-Jährige ist vor wenigen Wochen Vater geworden und forscht

## Katharina Prelicz-Huber



Frühzeitig und ohne Absprache mit ihrer Partei drängt sich die ehemalige Nationalrätin für eine Ständeratskandidatur auf.

als Umweltwissenschaftler an der ETH Zürich. «Zudem fühle ich mich im Nationalrat wohl.»

Die Absage Girods könnte dazu führen, dass sich wie schon 2011 Balthasar Glättli für die kleine Kammer bewirbt. «Ich überlege mir das ernsthaft», hält der 43-jährige Fraktionschef der Grünen in Bern fest. Es stelle sich für seine Partei die Frage, ob die Ständeratskandidatur bezwecke, möglichst viele Stimmen zu holen, um den 2011 verlorenen vierten Nationalratsstimmzettel zurückzuerobern; oder ob damit jemand neu aufgebaut werden solle.

Eine ernsthafte Chance, ins Stöckli einzuziehen, rechnen sich die Zürcher Grünen nicht aus, denn nichts deutet auf einen Rücktritt der grünliberalen Ständerätin Verena Diener hin, und der frei werdende Sitz des Freisinnigen Felix Gutzwiller dürfte ausser Reichweite liegen. Für die FDP will Nationalrat Ruedi Noser das Mandat verteidigen, und bei der SP hegt Nationalrat Daniel Jositsch Ambitionen. Auf Seite der SVP werden nach der Absage von alt Regierungsrätin Rita Fuhrer und Nationalrätin Natalie Rickli Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt sowie die Nationalräte Thomas Matter und Gregor Rutz als potenzielle Kandidaten gehandelt, die CVP könnte Nationalrätin Barbara Schmid-Federer nominieren.

Mit ihrem Vorpreschen bringt Prelicz-Huber die Zürcher Grünen in ein Dilemma, denn ausgerechnet die Partei, die Frauenförderung proklamiert, ist in Bern nur noch mit Männern - den Nationalräten Girod, Glättli und Daniel



Bastien Girod verzichtet auf eine Ständeratskandidatur.

Vischer - vertreten. Wie Prelicz-Huber wurde 2011 auch Marliese Bänziger abgewählt.

Während sie von der Politbühne verschwand, kämpfte Prelicz-Huber für ihre Rückkehr aufs nationale Parkett, indem sie 2014 wieder in den Zürcher Gemeinderat einzog. Elf Jahre zuvor hatte sie diesen verlassen, um im Kantonsrat zu politisieren.

Neben der 55-jährigen Präsidentin des nationalen VPOD kom-

men noch drei weitere grüne Zürcher Frauen als Ständeratskandidatinnen infrage: aus dem Kantonsrat Esther Guyer und Regula Kaeser sowie aus dem Zürcher Gemeinderat Karin Rykart.

Die definitiven Kandidaturen wird der Vorstand der Kantonalpartei entgegennehmen und der Delegiertenversammlung einen Vorschlag unterbreiten. Diese wird nach den kantonalen Wahlen im April nominieren.

## Tim Guldemann würde von Berlin aus amten

Der abtretende Botschafter will als Vertreter der Auslandsschweizer für den Nationalrat kandidieren - und deshalb in Deutschland bleiben.

**Joel Bedetti**

Am 29. Mai wird Tim Guldemann sein Büro in der Schweizer Botschaft in Berlin räumen. Tags darauf wird er sich an der Delegiertenversammlung der Zürcher SP als Kandidat für die Nationalratswahlen präsentieren. Im Falle einer Wahl ins Parlament würde er aber nicht in die Schweiz zurückkehren, wie er jetzt sagt. «Unabhängig von einer Nationalratskandidatur wird mein Wohnsitz in Berlin bleiben», sagt Guldemann. Der Diplomat will ausdrücklich als Vertreter der Fünftens Schweiz kandidieren. 750 000 Schweizer leben im Ausland, zwei Drittel davon in der EU. «Die Auslandsschweizer kommen mir vor wie die alte Tante, die unverhofft beim Familienfest auftaucht», sagt Guldemann. Dabei habe die Gruppe politische Anliegen; die Regelung von AHV und Versicherungen im Ausland zum Beispiel. Bisher vertritt die parlamentarische Gruppe für Auslandsschweizer deren Interessen. Tim Guldemann wäre der erste Parlamentarier, der tatsächlich auch der Fünftens Schweiz angehören würde.

Doch erst muss Tim Guldemann die Zürcher SP-Delegierten überzeugen, ihm am 30. Mai auf einen guten Listenplatz zu wählen. Das wird eine Herausforderung für den Diplomaten. Obwohl der gebürtige Zürcher seit Jahr-

## Tim Guldemann



Der Diplomat und Sozialdemokrat will für den Nationalrat kandidieren, muss aber noch seine Partei überzeugen.

zehnten Mitglied in der Kantonalpartei ist, war er berufsbedingt kaum je anwesend. Bei altgedienten Sozialdemokraten, die nach jahrelanger Basisarbeit auf einen Sitz im Parlament schielen, hält sich die Begeisterung über Guldemanns Ambitionen in Grenzen. Den Jungsozialisten ist der 64-Jährige, der in einer Rede im Februar vor den Zürcher Delegierten eine Mitte-Links-Allianz forderte, zu wirtschaftsliberal.

Doch Guldemann ist ein geübter Netzwerker. In den vergangenen Wochen hat er sich mit verschiedenen Sektionen der Zürcher SP zum Kaffee getroffen. Bei der anfangs skeptischen Stadtzürcher Sektion hat er einen guten Eindruck hinterlassen. Auch Daniel Frei, Präsident der SP Kanton Zürich, unterstützt Guldemanns Kandidatur. «Es ist ein Experiment. Aber ich finde, dass es gerade in der SP Platz für einen Kandidaten hat, der nicht in der Schweiz wohnt.» Man erwarte natürlich, dass Guldemann im Falle einer Wahl an Sessionen, Kommissions- und Fraktionssitzungen, aber auch an Parteiveranstaltungen teilnehmen würde.